





**Böhmen****Gärtnerei, nachts Gefahr**

**Der Rote Siebziger**

Gärtnerei, nachts Gefahr,  
Du sollst wach!  
Das kann ich nicht.  
Das ist so schrecklich!  
Was, was ist das Gärtnerei?  
Zum Teufel mit mir!  
Hab mir das Gesetz wieder,  
Da sie Recht brachte,  
Die 10 weiteren Brachte,  
Brachte mich die Mörder,  
Gärtnerei ist die Gärtnerei,  
Gärtnerei durch die Mörder,  
Mörder in die Mörder,  
Mörderinnen und Mörder,  
Gärtnerei, wie bei!

**Die Mieter in Tschansch gegen Fürstenabfindung für Wollsentcheid**

Am 11. d. Mrs. fand hier eine selber leicht besuchte Mitgliederversammlung des Mietervereins. Herr Kretz führte als Referent die Argumente an, mit denen die Hausherrin gegen die Mieterschaft zu Felde ziehen: sprach dann im besonderen über die Zwangswirtschaft. Als gewisser Trost (1) fand es für die Mieter sein, daß das sogenannte Voderungsgebot nicht durchgeführt, das hingegen über die Zwangswirtschaft bis April 1927 verlängert wurde. Da der Diskussion ging Kollege Franke (KPD) auf die Hauptfragen ein, behandelte diese vom sozialistischen Standpunkt aus. Er brandmarkte besonders die prahlende Verleugnung des Reichsrats, die zur Mehrheit aus Sozialdemokraten besteht, welche für Voderung der Zwangswirtschaft eintrat und somit den Hausherrn hilfe leistete. Selbstverständlich trat sofort der führende Genosse Robert Gasche von der SPD auf und brach eine Lanze für seine Mitkämpfergenossen, wobei er noch bemerkte, daß Genosse Franke sehr „parteiisch angehaucht“ wäre. Genosse Franke meinte dazu, daß die „Parteischäkeit“ wohl bei Gasche ist, was die Zuhörer schmunzelnd zugaben. Kollege Ernst Gosche (KPD) trat seinem Bruder entgegen, sagte, daß das, was Franke ansprüche, wahr ist, und ein Kommunist immer nur sachlich alle Fragen der Arbeiterschaft von seiner Idee aus behandeln wird. Herr Kretz, ein SPD-Genosse, erklärte im Schluswort ebenfalls, daß die Ausführungen des Genossen Franke sachlich und der Wahrheit entsprechend waren, womit er also juge mußte, daß SPD-Führer auf Seiten der Hausherrin standen. Ferner sprach er gegen die Fürstenabfindung. Währenddessen ist von unseren Ge nossen folgende Resolution eingefügt worden, die einstimmig Annahme fand.

„Der Mieterverein, Ortsgruppe Tschansch, der heut in seiner Mitgliederversammlung über die Not der Mieterschaft spricht, ist gezwungen, gegen die im Gange befindliche Fürstenabfindung Stellung zu nehmen, und fordert im Interesse der Wohnungsnot die Ablehnung jeglicher Abfindung. 1. Rechts, entschädigungslose Enteignung jedes Besitztums aller Fürsten und Monarchen. 2. sämtliche Geldforderungen der Fürsten werden dem Wohnungsbau überwiesen; 3. Landesförderer sind zu Krankenhäusern, Heil- und Erholungsstätten umzustellen; 4. Wollsentcheid.“

**Stadtverordneten Vorlagen**

Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am kommenden Donnerstag stehen u. a. folgende neue Vorlagen:

Im Pulvermacherhaus der Krankenanstalt Aplerbecker sollen die Ballerallagen über dem Erdgeschöß, die schwach geworden sind, durch Massivboden ersetzt werden.

Die städtische Kunstdeputation soll durch Auswahl dreier bildender Künstler, und zwar je eines Architekten, eines Bildhauers und eines Malers mit beratender Stimme beratet werden. Zur Befriedigung der dringendsten Not der bildenden Künstler soll ein Betrag von 30 000 Rmt. durch Aufnahme weiterer schwebender Schulden bereitgestellt werden.

Der Ausschuß empfiehlt Ablehnung der Magistratsvorlage betreffend Aufrechterhaltung der Eingruppierung des Inspektors der gewerblichen Berufsschulen in die Bebildungsguppe 12. Der selbe Ausschuß empfiehlt, die Stelle eines Diplomingenieurs für die Tiefbauverwaltung abzulehnen und die Stelle des Verkehrsimpelators für die Straßenbahnguppe 8 mit Ausdrücklichkeit nach Gruppe 9 zu genehmigen.

Der Theater-Sonderauskunft empfiehlt, zur Unterstützung der Theater einen Betrag von 60 000 Rmt. zu bewilligen mit der Maßgabe, daß der dritte Teil davon dem Schauspiel zur Verfügung gestellt wird.

Zur Herstellung einer Gleisstiefe an der Endhaltestelle der städtischen Straßenbahn bei den Gräblicher Friedhöfen sollen 40 000 Rmt. aus den Nebenkassen der Straßenbahn im Jahre 1924 entnommen werden.

**Ein seiner Bäcker-Innungsmeister**

ist Herr Frenzel von der Hubenstraße. Er beschäftigt einen Gejellen und zwei Lehrlinge. Frenzel war angeklagt, den älteren Lehrling Gartner wiederholt mishandelt zu haben. Einmal hat er den Lehrling mit der Badschere auf die Nase gehauen, daß sie stark blutete und mußte sich selber in ärztliche Behandlung begeben. Ein anderes Mal hat ihn der Meister mit dem Handbesen auf die Stirn geschlagen, daß sie blutete und der Meister dem Lehrling selbst ein Pflaster auf die Wunde legte. Ein drittes Mal wiederum warf er mit einem kleinen Emailleknopf nach dem Lehrling und traf ihn am Hinterkopf, der ebenfalls stark blutete. Der Meister bestreitet zwar zum größten Teil die Anschuldigungen gegen ihn, sie wurden ihm jedoch durch die Zeugen bestätigt. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Lehrlings „Freiheit“ Frenzel für jeden Fall der Nötigung je 100 R. gleich 300 R. Das Gericht billigte ihm mildende Umstände zu und erkannte für jeden Fall auf 40 R. gleich 120 R. Geldstrafe oder 12 Tage Gefängnis und Tragung der Kosten.

**Zusammenfassung**

An der Haltestelle Vogelsiede (Gimpel) stieß gestern der Wagen 1060 mit dem Wagen 1056 zusammen. Der Zusammenstoß erfolgte dadurch, daß bei der Glätte beim Bremsen des einen Wagens dieser nach ein Stück weiter rutschte. Die Räder der Bordewagen wurden eingedrückt und mehrere Scheiben auch in den Anhängern zertrümmer. Einige Reisende trugen leichte Verletzungen davon. Der Verkehr erfuhr eine nur unmesentliche Unterbrechung. Nach Lage der Dinge ist seinem der Fahrer die Schuld beizumessen.

**Erwerbslosenmont auf dem Lande****Demonstration der Erwerbslosen in den Siedlungen Obersieben und Görlitz**

Die Not der Erwerbslosen in den Siedlungen Siedlungen und Obersieben zeigt von Tag zu Tag. In den Landgemeinden steht es nicht besser aus, in vielen Fällen ist das ländliche Arbeitslosenland noch größer. Die Lebensmittelstab ist nicht billiger als in der Stadt aber die Unterstützungsätze bleiben noch hinter den Bettelgrößen, welche die Städte zahlen, zurück. Daher kommt, daß auf dem Lande die Missernten von Rode verdikteten Lebensmittel, welche die städtischen Erwerbslosen ab und zu mal erhalten, auch wegfallen. War einiger Kreise sich aus eigener Initiative zusammengetroffen, so ist möglich, eine einmalige Beihilfe von 10—20 Mark für einen Tag der Arbeitslosen herauszuladen, so haben die erwerbslosen Arbeiter im Lande auch nicht einmal diese geringe Zuwendung — die zur Bezahlung der dringendsten Schulden diente, bekommen. Die Lage der Erwerbslosen in den Landgemeinden ist daher eine verzweifelt schlechte. Der Landesvorstand des ADGB. In Schlesien, der nicht einmal in den Städten die Führung und Zusammenfassung der Erwerbslosen sich angedeihen läßt, und zu jedem Schritt den er macht, gebringt werden muß, hat es bisher vollkommen verabschaut, etwas für die Besserung der Lage der ländlichen Arbeitslosen zu tun. Angesichts dieser Possibilität haben die Erwerbslosen einiger Kreise sich aus eigener Initiative zusammengetroffen und sind nach den Städten marschiert um den Behörden ihre Forderungen zu unterbreiten.

In einem Teil unserer Auflage haben wir bereits als überaus mächtvolle Demonstration der arbeitslosen Proletarier aus dem Landkreise Oppeln geschildert. Erwerbslose aus

und den umliegenden ländlichen Gemeinden kamen, bis zu 1500 Personen befand war. So wurden die obersächsischen Kreise des Breslauer Erwerbslosenrates, die Kreisrat Käffens, Gersdorff, Neukirch. Es erklärt, daß er den Arbeitslosenrat nicht anerkenne. Seine Ausführungen fanden keinen Widerstand. Wie aus der Willte der Versammlung heraus der Antrag erachtet wurde, vor dem Landräteamt zu stehen, wurde es diesem Gewerkschaftsvertreter sehr schwer. Stattdessen kam an die Spitze der Demonstration zu stellen und sich zum Vorsitzer der Erwerbslosen und ihrer Forderungen zu machen, gab er die heldenhafte Erklärung ab, daß er die Verantwortung ablehne. Die Erwerbslosen sagten Herrn R. doch sie keine Revolution in Arbeitslosen beabsichtigten u. daß kein Antrag vorlag, die Verantwortung abzulehnen. Die wichtige Demonstration zeigte von Kampfentschlossenheit und Disziplin. Vor dem Landratsamt unterbreiteten die Erwerbslosen ihre Forderungen. Gleichzeitig stellte der Unterschuhung in der Ratsversammlung und Erhöhung der Unterstützungssätze nach den Breslauer Richtlinien. Da der Landrat nicht anwesend war, wurde eine Befreiung für einen der nächsten Tage festgestellt.

Auch die Orlauer Erwerbslosen stellten neben den rein örtlichen Forderungen noch solche, die weit langsam vertreten, vor allen Dingen verlangten sie 50 prozentige Erhöhung aller Unterstützungssätze, Verbot der Betriebsstilllegungen usw. Ferner wurde eine Resolution, die Wollsentcheid und Überweisung der für die Fürsten bestimmten „Abfindung“ an die Erwerbslosen- und Sozialrentenfürsorge fordert, einstimmig angenommen.

Das Beispiel der Oppelner und Orlauer Erwerbslosen muß in allen Landgemeinden nachgeahmt werden. Überall müssen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter verlangen, daß die ADGB-Mitglieder sich endlich auf ihre Pflichten gegen bürgerliche Kollegen befinnen. Sie müssen verhindern, daß diese zu Lohn und Gehalt oder Streik berechtigt werden. Unheils der faschistischen Organisation auf dem Lande ist die Zusammenfassung der ländlichen Erwerbslosen eine gesetzliche Notwendigkeit. Wenn die Gewerkschaftsinstitutionen die Notwendigkeit nicht erkennen, schlagen sie nicht nur allen Geboten der Arbeitersolidarität ins Gesicht, sondern machen sich zum Mündel an Gewerkschaftsflucht, Gewerkschaftsmündigkeit und Auslieferung des ländlichen Proletariats an den Faschismus. Unreine Gewissen müssen daher in jeder Ortsauskunft und in jeder Gewerkschaftsversammlung darauf drängen, daß die Instanzen endlich ihre Pflicht gegenüber den Kollegen vom Lande erfüllen.

**Einhaltung der arbeitenden Jugend Breslau**

Montag, 18. Januar, abends 8 Uhr, Schulhaus Kanonenhof, Talstraße, gegenüber dem Zeitungsverlag „Neueste Nachrichten“

Vortrag: „Gedanken über Wirtschaft, Politik und Kultur in Sowjet-Russland.“ Eintritt frei!

Breslauer Volksbühne. Den Mitgliedern derjenigen Abteilungen der Siedlungen und die „Cyrano von Bergerac“ oder „Hans Sonnenföhlers Höllefahrt“ im Löbe-Theater sehen, stehen am Sonnabend, den 23. d. Mrs., Billets zu „Michael und Barbara“ zum üblichen Einheitspreis in der Geschäftsstelle zur Verfügung.

Wiedereröffnung der Stadtgraben-Eisbahn. Der anhaltende Frost hat bereits zur Renovierung einer starken Eisdecke auf dem Stadtgraben geführt. Die Dicke des Eises betrug am 13. d. Mrs. 10 bis 11 Zentimeter. Bei weiter anhaltendem Frost ist daher damit zu rechnen, daß am heutigen Tage die vorchristmäßige Stärke von 13 Zentimetern erreicht ist und die Stadtgraben-Eisbahnen wieder eröffnet werden können.

Hoffentlich werden die Preise so bemessen, daß auch die Arbeiterinder an den Eisbahnfreuden teilnehmen können.

Der Verwaltungsbetrieb des Stadttheaters, Reinhold Tschirnke, hat am 31. Dezember v. J. sein Amt aus Gesundheitsgründen niedergelegt. Hierfür vier Jahrzehnte hat Tschirnke an den heiligen Theatern seit 1892 ununterbrochen am Stadttheater gewirkt.

Ein mutwilliger Feueralarm sollte wieder geahndet werden, nachdem erst kürzlich ein Fahrdroschka bei dem Abzug des Feuerwehrmanns an der Tiergartenstraße gefaßt werden konnte. Dieses Mal wurde ein Handelsmann in dem Augenblick gefaßt, wo er durch Einschlagen der Scheibe an dem öffentlichen Feuerwehr-Hausch. Eine Bodstraße die Feuerwehr mutwillig alarmierte. Ein Kraftwagenführer und ein Klempner, die ihn dabei beobachteten und bei seinem Vorlaufen verfolgten, trugen zur Festnahme des Verbrechers bei. Der Magistrat erließ alsbald Anzeige beim Polizeipräsidium, worauf das Amtsgericht eine Geldstrafe von 30 Reichsmark — im Nichtbeitreitungsfall von 10 Tagen Gefängnis — über den Schuldigen verhängte. Ferner ist er aufgefordert worden, 50 Mark für die durch das Ausrüsten von vier Fahrzeugen der Feuerwehr entstandenen Kosten, 2,50 Mark für den Erfolg der zerschlagenen Feuerwehrscheide und endlich 30 Mark zu zahlen, die als Belohnung für die beiden Personen bestimmt sind, mit deren Hilfe seine Täterschaft festgestellt werden konnte.

Ein fiktiver Kriminalbeamter ist wieder einmal aufgetaucht. In einer Wohnung Marktstraße 11 erschien in der Mittagsstunde in Abwesenheit des Hausherrn ein junger Mann, wies ihn durch ein Lichtbild als Kriminalbeamter aus und gab an, eine Durchsuchung vornehmen zu müssen, weil der Hausherr ihm durch größere Ausgaben verdächtig gemacht habe und Geschäfte mit entwendetem Material betreibe, weshalb Anzeige erstattet sei. Er durchsuchte sämtliche Bühne und fand im Waschtisch 100 Mark Haushaltungsgegenstände, welches er lächerlich mitnahm und dann verhandelte mit dem Vermieter an die angelande Haustfrau, um Nachmittag wiederzukommen, um ihren Ehemann zu vernehmen. Es handelt sich hier um einen Betrüger, der wie folgt beschrieben wird: 25 bis 27 Jahre alt, mittelgroß, schlank, Anflug von Schnurrbart, schmales Gesicht, abstehende Ohren, schwarzes Haar, jüdischer Typ. Kleidung: dunkler Anzug, Hemd mit Krawatte, graugrüner Hut.

**Freilassen**

Liebau. Mehlwirt! Der Arbeiter verkauft seine Arbeitskraft an den Kapitalisten. Diese Arbeitskraft schafft mehr Werte, als zu ihrer Wiederherstellung notwendig sind. Diesen Überbruch an Wert, den sich der Kapitalist aneignet nennt man Mehlwirt. Der Mehlwirt wird vom Kapitalisten teils zum Kapital geschlagen (Erweiterung des Betriebes, Einstellung neuer Arbeiter), teils zu seinem Lebensunterhalt verbraucht.

**An alle Kolportäre**

und an alle Zeitungsläden richten wir die dringende Mahnung, die Abonnementsbezüge stets im Voraus zu erheben. Bei nachträglicher Kassierung entstehen, meist für zwei bis drei Wochen, Ausfälle, die wir bei der augenblicklichen Wirtschaftslage nicht tragen können. Solche Abonnemente, die die Voranschlagszahlung verzögern, kann die Zeitung nicht mehr geliefert werden.

Allen Kolportären gehen für die Folge nur soviel Zeitungen zu als sie abrechnen.

Alle Abrechnungen müssen stets so fort, spätestens am Dienstag jeder Woche, an uns eingesandt werden. Beträge a Conto der Abrechnung müssen möglichst schon am Sonnabend, spätestens aber am Montag jeder Woche eingesandt werden. Wir bitten alle Kolportäre entsprechend unseres beständigen Erfolges zu handeln. Die augenblickliche Krise und katastrophale Wirtschaftslage zwingt uns zu dieser Maßnahme.

**Parteiveranstaltungen**

— Bl. Kompol-Abtg. u. Stadtverordnetenrat. Dienstag 7 Uhr bei Belle, Rathaus 7, Sitzung.

— Bez. West. Montag nachm. 4 Uhr bei Wind, Mariannenstr. 16. Mitgliedertreffen und Geld für Jung-Spartakus mitbringen.

— Bez. Süd. Freitag, 7.30 Uhr, Zelle 1 bei Fenster, Siebenhüsener Str. Zelle 2 bei Matzko, Huberstr. 19, Versammlung.

**Roter Frontkämpfer-Bund**

Montag 7.30 Uhr in jeder Abteilung Kameradschaftsabend. Referent anwesend.

Gruppe Ost. Montag 7.30 Uhr bei Frante Kameradschaftsabend.

Gruppe Jungfront Ost. Dienstag 8 Uhr bei Frante Kameradschaftsabend.

Gruppe Zentrum. Montag 7.30 Uhr im Turmhof, Neue Antonienstraße, Kameradschaftsabend.

Gruppe Süd. Jeden Montag 7.30 Uhr bei Fenster, Siebenhüsener Straße, Kameradschaftsabend.

Gruppe Nordost. Montag 7.30 Uhr bei Matzko, Huberstraße 7.

Gruppe Nordost. Montag 8 Uhr Weisstraße 47/48.

Gesamte Gruppe Jungfront. Dienstag, 7.30 Uhr, öffentl. Bildungsabend im „Roten Löwen“. Gäste willkommen.

**Sonstige Organisationen**

Breslau. Arbeiter-Abstinenz-Bund. Montag, 8 Uhr, Martinstr. 7, Jahreshauptversammlung. Vorstandswahl. Sympath. willkommen.

— Dienstag, den 19., abends 7.30 Uhr, Sitzung des Ortsgruppenvorstandes und Funktionäre b. Wind, Mariannenstr. 16.

**Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Rundgebung**

Mittwoch, abends 7.30 Uhr, in den Zentralballräumen, Westendstraße

**Wöchentliche Beilage für die Org.-Arbeit im Bezirk Schlesien****Was hindert uns an der Partiarbeit?**

Von Julius Müller.

(Ein Diskussionsartikel.)

**Vorbemerkung:** Genosse Müller gibt nachstehend einige Fingerzeige, was wir zu tun haben. Wir veröffentlichen seine Ausführungen und bitten alle Genossen, dazu Stellung zu nehmen. Am Schlus der Diskussion wird die Bezirksleitung Ihre Meinung zu den aufgeworfenen Fragen sagen.

Im Lauf des Jahres sind innerhalb unserer Organisation noch einige Sachen zu klären, die der Organisation als Hemmschuh des Lebens schwer machen. Es vielmehr auch verhindern, neue Mitglieder in unsere Reihen aufzunehmen.

Die Genossen nun, die an einem Ort wohnen, in dem eine weltliche Schule besteht, und sie schicken ihre Kinder in eine konfessionelle Schule, vergeben sich an der Partei und können wohl als Kommunisten nicht angesprochen werden. Denn was zumindest einem sozialdemokratischen oder parteilosen Arbeiter durchgeht, darf gleich ein Kommunist noch lange nicht erlauben. Bei jeder Gelegenheit wird es seinen Genossen, die auf Zeitungs- oder Parteitagtagen sind, vorgeworfen. Das Expansionsbestreben der Partei muß solche Fälle nachprüfen und ausmerzen. Ein weiterer Hindernisgrund, die Partei vorwärts zu bringen, ist immer noch die Zugänglichkeit einzelner Genossen zu irgendwelcher Kirche. Was sind schon für Verbote von Parteininstanzen hinausgegangen, und doch gibt es noch einzelne Parteigenossen, die aus sogenannten Familienrückblicken treu und brav doppelte Kirchensteuern bezahlen. Die Ausrede nun: Ich komme das ganze Jahr mit meiner Frau in keine Kirche ist hinfällig, weil ein sogenannter Kirchenbesucher niemals der KPD angehören wird und kann. Die Partei wird sich überlegen müssen, ob sie diesen Hemmschuh noch weiter vertragen kann.

Weiter ist notwendig, daß die Genossen mehr wie bisher der Gewerkschaftsarbeit und -taktik ihre Aufmerksamkeit schenken. In Belegschafts- und Zahlstellenversammlungen mehr Initiative entwickeln. Die Arbeit darf im Jahre 1926 nicht von einigen Genossen erledigt werden, sondern alle werden zu fassen müssen, um den lahmenden Gewerkschaftsgau etwas aufzufrischen. Sollte es hier noch Genossen geben, die es vorstehen haben, sich um die Gewerkschaftsbeiträge zu drücken, bedürfen diese selbstverständlich auch einer Aufrischung. Die Partei kann es nicht mehr gestatten, Ausnahmen zuzulassen, weil gerade diese Ausnahmen schädigend auf die Gesamtpartei wirken.

Die Genossen sind jetzt durch die vorbildliche Arbeit einiger Leitungen zu Zellen zusammengefaßt und durchorganisiert. Was hindert uns jetzt, alle unsere Kraft innerhalb der Betriebe und Gewerkschaften zu entfalten? Nichts. Wir werden da mit individueller Arbeit nichts, mit kollektiver Arbeit alles schaffen, d. h., wenn wir einzelnen das Denken und die Arbeit überlassen, wird wenig oder nichts erreicht, wenn wir aber bei den verschiedenen Forderungen geschlossen vorstoßen, so ist uns der Erfolg sicher. Die Leitungen werden den Genossen so entgegenkommen, daß sie mehr wie je Methode auf die erforderliche Arbeit legen und diese dann bis zur Endkonsequenz durchführen.

Im „Berg-Echo“ stand schon einmal ein Hinweis auf die Berichterstattung. Die Redaktion muß da in der Lage sein, geeignete von ungeeigneten Berichten zu unterscheiden, um die ungeeigneten auszumerzen. Wenn es den betreffenden Genossen, die ungeeignet berichtet haben, mißteilt wird, wird sich keiner gekränkt fühlen, sondern er wird besser zu schreiben versuchen. Es darf niemals vorkommen, daß wegen Mangels an guten Berichten schlechte in die Zeitung hineinkommen und so der ganzen Zeitung ihr Gepräge aufdrücken. Der Redaktion muß es vorbehalten bleiben, die Ausdrucksform der Berichte zu bestimmen.

Zur Frage der Referaten wäre viel zu sagen. 1. Bei verschiedenen Rednern mehr Temperament. 2. Bei anderen mehr Schulung und Beherrschung des Themas. 3. Alle aber mehr erzieherisches Wirken gegenüber zurückgebliebenen Genossen. 4. Dauernde Umgruppierungen, und zwar so, daß dieselbe Redner in einem Ort nicht ständig kurz hintereinander spricht. 5. Nachlässigkeit in der Besichtigung der Referaten darf niemals mehr vorkommen. 6. Das Nichterscheinen muß bestraft werden. 6. Grolangelegte Schulung aller im Arbeitsverhältnis noch stehenden Referaten. 8. Methodische Verwendung und Einteilung der Referaten nach Sozialgebieten.

Es sind absichtlich konkrete Fälle nicht angeführt, weil des Geschriebene so allgemein bekannte Tatsachen sind, daß sie nicht mit Beweisen belegt werden brauchen. Der Artikel soll den Zweck verfolgen, allgemein diese uns bedrückenden Erscheinungen zu bekämpfen, und von wo aus könnte wohl der stärkste Druck ausgeübt werden, als von der Bezirksleitung.

**Der „Parteiarbeiter“**

Vor kurzen noch fragte mancher Genosse: „Parteiarbeiter? Haben wir nicht genug Zeitschriften?“ Nur ein Bruchteil der Genossen, die in der Partei Funktionen eingenommen, kannten diese kleine Abreisschrift überhaupt. Heute ist es schon anders geworden. Seitdem der 10. Parteitag einstimmig in das Wiedererscheinen dieses wichtigsten Funktionärsorgans beschloß, kann der „Parteiarbeiter“ in seiner handlicher Form herantreten, was eben die Hauptzwecke ist: die in ihm veröffentlichten Notizen und Artikel sind fast ausschließlich von den in der Praxis der Kleinarbeit stehenden Genossen geschrieben. Dem „Parteiarbeiter“ gelang bereits eine Reihe von Zuschriften von Genossen aus dem Reiche zu, die beweisen, daß der P. A. einen Bedürfnis der Kleinarbeit entsprach und überall mit Begeisterung aufgenommen wird. So schreibt uns z. B. ein Genosse aus Westfalen:

„Anfangs als der „Parteiarbeiter“ noch nicht erschien, aber schon propagiert wurde, stand ich diesem skeptisch gegenüber, und zwar, weil ich mir eine Schrift vorsah, welche, wie die bereits erschienenen Schriften (Kommunisten), aber allgemeine Richtlinien nicht hinzugeht. Als ich dann den ersten „Parteiarbeiter“ empfing, wurde ich eines anderen belehrt. Die Berichte, die im „Parteiarbeiter“ über reale praktische Arbeit sind das Wertvollste für jeden Parteiarbeiter. Aus dieser Fazit kann man sofort Brauchbares für die eigene Partei und deren Ausführung ziehen. Andererseits gibt der „Parteiarbeiter“

Voraussetzung für die Kontrolle, ob irgendeine organisierte Gruppe oder sonstige Parteiarbeit richtig eingerichtet und durchgeführt wurde. Es steht für mich fest. Wurde jeder Funktionär den „Parteiarbeiter“ halten und aufmerksam lesen, so würden die Funktionäre sich durch das gute Beispiel im „Parteiarbeiter“ durch ganz normale, gesunde Ehrgeiz angeregt fühlen, aber auch durch die Angaben praktischer Arbeit im „Parteiarbeiter“ bei geübten Parteien nicht sehr schnell korrigieren. Also ein Irrtum von Passivität und oftmals falschen Anfassens frigidwalcher Parteiarbeit würde auf ein Minimum eingeschränkt werden können.“

Diese Beilage des „Parteiarbeiters“ drückt sich zahlenmäßig darin aus, daß die jetzt erscheinende Nr. 3 bereits in 11000 Exemplaren bestellt ist. Diese neue Nummer enthält wiederum sehr gutes Erfahrungsmaterial aus den verschieden-

stenen Arbeitsgebieten jeder Gemeinde, der in der Partei etwas Neues und Gutes zu sagen hat, kann seine Beiträge direkt an den „Parteiarbeiter“ einschicken. Als Beilage liegen dieser Nummer die wichtigen Richtlinien des ZK über die Vorbereitung der Gewerkschafts- und Betriebswahlen bei, die für jeden Funktionär, besonders für diejenigen in den Zellen und Fraktionen unentbehrlich sind. Der Preis des Heftes ist 20 Pf.

**Zellen- und Gewerkschaftsfunktionäre**

Als Beilage zum „Parteiarbeiter“ Nr. 3 erscheinen in diesen Tagen die Richtlinien des Zentralkomitees über die Vorbereitung der Gewerkschafts- und Betriebswahlen. Jeder bestelle also rechtzeitig diese Nummer des „Parteiarbeiters“ bei der Bezirksleitung, da die Auflage immer rasch vergriffen und dann eine verspätete Nachlieferung nicht möglich ist.

**Zur Propaganda in den Turn- und Sportorganisationen**

In unserem Ringen um den ideologischen und organisatorischen Einfluß auf die proletarischen Massen dürfen wir kein Gebiet außer acht lassen, auf dem proletarische Massen organisatorisch zusammengetroffen sind. Leider machen sich viele Arbeiter in ihrer revolutionären Ungeduld keine rechte Vorstellung, wie weitverzweigt das Organisationsleben der deutschen Arbeiterklasse ist und durch welche Kanäle der Arbeiterklasse das Gift der Klassenharmonie eingeflößt wird.

Dabei hat es die Bourgeoisie eger nicht nötig, eigene Anstrengungen in über großem Maße zu machen. Der kolossale von Arbeiterschichten unterhaltene reformistische Bureaucratapparat in den Gewerkschaften, Genossenschaften, Sportorganisationen besorgt die Geschäfte der Bourgeoisie glänzend und gratis.

Wir wollen uns heute mit der revolutionären Propaganda in den Sportorganisationen beschäftigen. Im Hinblick auf unsere Antikriegspropaganda im speziellen Sinne, wie auch im Hinblick auf die allgemeine Mobilisierung breiterer Proletarschichten für den Klassenkampf ist das unerlässlich.

Zunächst einiges über die übergeordnete Sportbewegung. Vor ihr sind allein durch den „Reichsausschuß für Leibesübungen“ 46 Verbände mit 41.751 Vereinen und 5.229.532 Mitgliedern erfaßt. Seit März 1924 erscheinen wöchentlich in einer Auflage von 1600 Exemplaren „Die Blätter für Volksgesundheit und Volkssport“. Aus dem Geschäftsbericht des DRA ist ersichtlich, daß Staat, Länder und Kommunen sowie Industrielle namhafte finanzielle Unterstützung gewähren.

Inbegriffen in die obengenannte Zahl der in der bürgerlichen Sportbewegung Organisierten sind nicht religiöse oder andere Spätklerikalisierungen und auch nicht die neuerdings anderen Spätklerikalisierungen und auch nicht die neu erforderten Unternehmern nach englischem Vorbild in ihnen gegebenen Beiratssportvereine. Gerade in ihnen droht der Arbeiterbewegung eine große Gefahr. Gleich an dieser Stelle sei darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaften und Arbeitersport-

organisationen zu entziehen. Besondere Aufgaben erwachsen dem Roten Frontkämpferbund, der ebenfalls zu seinen Veranstaltungen die Sportorganisationen heranziehen muß, der soziale Hintergrund anhalten muß, an der Werbung von Mitgliedern für den Arbeitersport teilzuwählen. Jede Position, jeder revolutionäre Kämpfer muß nach den vorhandenen Möglichkeiten und dem gegebenen Wirkungskreis daran teilnehmen, die Arbeiter-Sportverbände zu stärken.

Es ist überall der Antrieb zu geben, und mit den besonderen, der konspirativen Arbeit eigenen Mitteln und Methoden ist dort nachzuhelfen, wo die sozusagen offizielle politische Arbeit nicht mehr hinreicht. Wenn wir in den Betrieben erreichen wollen, daß die den bürgerlichen Sportorganisationen angehörigen Proletarier diese verlassen, dann muß von der Betriebszelle die Initiative ausgehen. Etwa in dem Sinne:

Nach vorheriger Aussprache mit den im Betriebe vorhandenen Arbeitersportlern wird in einer besonderen Kampagne unter den vorhandenen bürgerlichen Sportlern eine großzügige Aufklärungsarbeit entfaltet. Die konspirativen Arbeiter müssen in der Zelle den Anstoß dazu geben. — Es sei hier noch bemerkt, daß die Schwerindustrie, die die bürgerlichen Organisationen aushält, in sehr geschickter Weise ehrgeizige proletarische Sportler in das bürgerliche Lager herüberzuziehen versteht und sogar eigene Betriebs-Sportorganisationen schafft. Es werden ab und zu sogenannte Industriestaffeln von einer Zeitung oder von einem eigens zu diesem Zweck gebildeten Ausschuß veranstaltet, d. h. aus der Elektrofritzindustrie z. B. werden alle Sportler aufgerufen, an einem 100-Meter-Lauf teilzunehmen oder ein Rennen quer durch Berlin zu machen usw. Die Betriebsleistungen veranlassen dann alle Sportler, ob proletarisch oder bürgerlich organisiert, an dieser Staffel teilzunehmen. Damit die Firma ehrenvoll abschneide. Auf diese Weise werden gute Proletarier ins Lager der Konterrevolution gezerrt.

Auch wenn bei Partei oder obengenannten Gewerkschaftsveranstaltungen die Sportler herangezogen werden sollen, muß von unserer Fraktion in den Gewerkschaften, muß von unseren Zeilen die Initiative ausgehen.

Alle revolutionären Arbeiter müssen, soweit sie Sportorganisationen angehören, zu den bestehenden Sportfraktionen (RSI) stoßen, müssen dort in genossenschaftlicher Weise mit ihren Erfahrungen liefern, selbstverständlich dort, wo keine solchen Fraktionen bestehen, schnellstens die Bildung versuchen. Der RFB muß in den Sportorganisationen für den RFB werben. Das bedeutet zugleich eine Entziehung von Kräften für das Reichsbanner, gegen das eine Antipathie unter den Arbeitersportlern vorherrscht. Das Reichsbanner, dessen Zersetzung ebenfalls unsere Aufgabe ist, wird von den Arbeitersportlern mit Recht als unbedeuter Konkurrent angesehen.

Eine wichtige Aufgabe entsteht uns bei den Veranstaltungen, die die Sportorganisationen selber abhalten. Wir müssen auf geschickte Weise versuchen, diesen Veranstaltungen ein revolutionäres Gesicht zu geben. Auch dabei geht es nicht so, wie das in Dresden bei einem Wettspiel zwischen Parteispieler und deutschen Arbeiterspieler geschiehen ist, wo selbst „revolutionäre“ Arbeiter sich gegen das Hiflöhren von Sovietjahrhunder gewendet haben.

Auf solchen Veranstaltungen muß in großzügiger Weise für das Tragen revolutionärer Abzeichen schon im voraus gesorgt werden. Wir müssen es organisieren, daß dort auch revolutionäre Lieder gesungen werden und nicht die sehr oft gemütlichen Turn- und Sportsänge. Der Vertrieb revolutionärer Literatur und der Vertrieb von Zeitungen ist von uns zu organisieren. Die Straßen, die die Demonstrationen oder Umzüge der Sportler berühren, müssen rot geflaggt sein. Auch das muß vorbereitet werden. Selbstverständlich müssen die revolutionären Arbeiter bei solchen Veranstaltungen auch versuchen, mit möglichst viel Teilnehmern aufklärende Gespräche zu führen. Fast alle dieser Teilnehmer sind in Arbeiterquartieren untergebracht. Diese Quartiere muß man vorher feststellen und die Quartierleute instruieren. Die Erfahrungen daraus werden für die weitere Tätigkeit von großem Nutzen sein. Das nicht allein in der äußeren Aufmachung, sondern diese Teilnehmer könnten auch den Geist dieser Sporttage wesentlich beeinflussen. Wir denken nur daran, daß die Plakate für solche Veranstaltungen oft ein teils pacifistisches, ein teils anarchistisches Gesicht tragen. Als Beispiel das Plakat zur Olympiade in Frankfurt. Auf diesem Plakat wird ein junger Sportler gezeigt, dem man den Proletarier nicht sehr deutlich ansieht. Er trägt eine Fahne mit einer französischen Inschrift. Unter ihm liegen zerbrochene Gewehre. Welcher Arbeiter wird sich mit einer solchen seltsamen Aufmachung zufriedengeben, wenn man ihm das erklärt?

Es darf natürlich dem einzelnen Arbeitersportler gegenüber keine Holzpantoffelpolitik getrieben werden. Nur die geduldige Aufklärungsarbeit führt zum Ziele. Erreichen wir es in einem Betrieb, daß durch den Beschluß der Zelle, durch eine geschickte Aufklärungskampagne die Proletarier dieses Betriebes aus den bürgerlichen Sportorganisationen herausgehen, dann können wir uns unter Umständen eine ausgezeichnete Plattform für unsere politische Arbeit verschaffen.

# Stand der Ortsgruppen im Bezirk Schlesien

Übereinstimmung mit einem ber. 1925

Wie bei Tabelle 1 nicht hervor, daß nur die Weinen der Gruppen **2** und **3** tatsächlich von statthaftem Beifragt, vom die Reichen Haftesurteile nicht vollaufig ausgenutzt werden sind.

卷之三

2000 JG 1

Durchsetzung innerhalb der Ortsgruppen bedeckt, fordert vor alle Orte, wo eine Sonderabgabe an die Gemeinde fällt, eine ausgeschriebene Genehmigung des Landesministers. In den Kreisstädten und Städten ist die Genehmigung durch den Landrat zu erteilen; in den Landgemeinden durch den Kreisrat. Die Genehmigung ist zu ertheilen, wenn die Abgabe nicht mehr als 1000 R. auf 1000 Einwohner übersteigt.

Die Mechanik

12. Monat Januar ist der späteste Abrechnungstermin der 5. des folgenden Monats. Neue Abrechnungsformulare erhalten euch zu und mir bitte die Orts- und Zellenvorstände um genauer Ausfüllung der Leicht-

**Erhalt vorläufig:** Rudolf Belli. — **D r u d :** Breslau,  
Dritterettstelle Breslau. — **W e i b l i c h :** Breslau-Berlin.  
**W e i b l i c h :** Breslau-Berlin. — **W e i b l i c h :** Breslau-Berlin.  
**W e i b l i c h :** Breslau-Berlin. — **W e i b l i c h :** Breslau-Berlin.

# MITTEILUNGSBLATT DER R. H. D. BEZIRK SCHLESIEN

卷之三

卷之三

Die Einnahmen betragen für die Zeit vom 1. Januar bis





